

Frau Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Landau, der 02.06.2019

Stellungnahme der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) zum Thema „Neuregelung der Geschlechtseintragungen von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen“

Sehr geehrte Bundesministerin Lambrecht,

die bundesweite Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) hat auf ihrer 29. Tagung vom 30.05.19 – 02.06.19 in Landau mit 256 Teilnehmenden aus 46 Fachschaften der deutschen und österreichischen Hochschulen folgendes Thema „Neuregelung der Geschlechtseintragungen von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen“ diskutiert:

Der vorliegende Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Geschlechtseintragungen bleibt weit hinter internationalen Standards zurück und widerspricht dem aktuellen medizinischen Kenntnisstand zu Trans*- und Intergeschlechtlichkeit. Die dazu abgegebenen Stellungnahmen, insbesondere auch die, die nicht von Betroffenenverbänden stammen, zeigen deutlich, dass der Entwurf weder die wissenschaftliche noch die gesellschaftliche Sicht auf trans*- und intergeschlechtliche Menschen widerspiegelt. Nach diesen Stellungnahmen sind Fremdbestimmung und Pathologisierungen jeder Art im gesetzgeberischen Umgang mit diesen Menschen unangemessen, sogar diskriminierend. Im Kontrast zu bewährten Regelungen in anderen europäischen Ländern bleiben im deutschen Recht die Fremdbestimmung und eine definitorische Ausgrenzung die bestimmenden Motive.

Betreffend die Namensführung und den Personenstand von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen sind stattdessen Regelungen zu schaffen,

- die frei von Fremdbestimmung und Zwangsberatungen mit Begutachtungscharakter sind;
- die nicht bei Gerichten, sondern einheitlich bei den Standesämtern angesiedelt sind;
- die keine Antragsverfahren, sondern Erklärungsverfahren sind.

Der jetzige Gesetzesentwurf wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Wir fordern, diesen Entwurf umgehend zurückzuziehen und im Dialog einen neuen Entwurf zu erarbeiten, der die Rechte der betroffenen Menschen angemessen berücksichtigt und dem Selbstverständnis einer freien und gleichberechtigten Gesellschaft entspricht.

Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

gez. Konferenzrat der Psychologie-Fachschaften-Konferenz

Alena Elmquist
Universität Bielefeld

Fabian Heß
Universität Leipzig

Felix Barginda
Universität Bamberg

Jennifer Stünkel
Universität Greifswald

Katharina Janzen
Universität München

Luise Heyde-Schulte
Universität Osnabrück